

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Werner (Dierstorf) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beratung des Agrarberichts 1986 der Bundesregierung
— Drucksachen 10/5015, 10/5016 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. für Futtermittel einen Mindestanteil von 50 % innerhalb der EG erzeugten Getreides vorzuschreiben,
2. EG-weit auf die Einführung eines solchen Getreidebeimischzwanges hinzuwirken.

Bonn, den 23. April 1986

Werner (Dierstorf)
Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion

Begründung

Weder Preisdruck noch Flächenstillegungen verhindern die Überschüsse beim Getreide. Allein die jährlichen Lagerkosten der in öffentlicher Lagerhaltung lagernden Interventionsbestände betrugen in der Bundesrepublik Deutschland 1985 für Getreide 195,9 Millionen DM. Die Festlegung eines Getreide-Mindestanteils in Futtermitteln von mindestens 50 % trägt langfristig zum Abbau der Überschüsse bei und sichert den Einsatz heimischen Getreides in der Verfütterung. Ebenso verringert der verstärkte Einsatz EG-eigenen Getreides die Verwendung importierter Futtermittel aus Ländern der Dritten Welt und verbessert damit die dortige Nahrungsmittelversorgung. Überdies wird der vermehrte Anteil heimischer Getreide die Tiergesundheit aufgrund geringerer Rückstandsbelastung erhöhen. Davon unbenommen bleibt die Forderung der GRÜNEN, Getreide stärker zur menschlichen Ernährung statt zur Veredelung zu verwenden. Die Forderung des Beimischzwanges entspricht den Forderungen der berufsständischen Verbände.

